

01.11.2017 – 12:00 Uhr

## Städtische Exekutivmitglieder blicken grundsätzlich positiv in die Zukunft

Bern (ots) -

Der Druck auf die öffentlichen Finanzen wird steigen, dennoch sehen die Exekutivmitglieder der Schweizer Städte und städtischen Gemeinden der Zukunft grundsätzlich optimistisch entgegen. Die Gestaltungsmöglichkeiten im Bereich Stadtentwicklung stimmen positiv, der Infrastrukturausbau fordert heraus. Dies zeigt die Befragung «Städteradar 2030» des Forschungsinstituts gfs.bern im Auftrag des Schweizerischen Städteverbandes.

Was beschäftigt die Schweizer Städte in Zukunft? Welche Probleme gilt es zu bewältigen, welche Chancen zu nutzen? Der Schweizerische Städteverband führte bei den Exekutivmitgliedern seiner Mitgliedstädte erstmals eine Umfrage zu den möglichen Veränderungen des städtischen Umfelds bis ins Jahr 2030 durch. Ziel war, Entwicklungen und Herausforderungen rechtzeitig zu erkennen und daraus Handlungsoptionen für die Städte abzuleiten. Über 40 Prozent der rund 870 Exekutivmitglieder haben an der Befragung «Städteradar 2030» des Forschungsinstituts gfs.bern teilgenommen.

Fast drei Viertel der Exekutivmitglieder sehen die Entwicklung ihrer Stadt bis ins Jahr 2030 positiv, jedoch nur ein kleiner Teil davon mit ungetrübttem Blick. Eine Minderheit schwankt zwischen Optimismus und Pessimismus, eine vollständig negative Sicht nimmt fast niemand ein. Befragte aus Städten mit mehr als 50'000 Einwohnerinnen und Einwohnern blicken optimistischer in die Zukunft als jene aus kleineren Städten. Zwischen den Sprachregionen zeigen sich keine signifikanten Unterschiede bei der generellen Beurteilung.

Stadtentwicklung als Chance, Finanzen und Verkehr als Herausforderungen

Eine Mehrheit der Befragten sieht im Bereich der Stadtentwicklung bis ins Jahr 2030 die grössten Chancen. Verdichtetes und sozial verträgliches Bauen, die Gestaltung der Quartiere und des öffentlichen Raumes sowie soziale und kulturelle Einrichtungen sind Bereiche, in denen die Städte Gestaltungsmöglichkeiten sehen. Entsprechend schreiben die Befragten der Standortentwicklung Chancen zu. Das Bevölkerungswachstum wird aber sowohl positiv wie auch negativ beurteilt.

Als grösste Herausforderung für die kommenden Jahre sehen viele Befragte die Anpassung der Infrastruktur, etwa im Bereich Verkehr. Dies wird hauptsächlich auf das Bevölkerungswachstum zurückgeführt. Mehrheitlich orten die Exekutivmitglieder auch nur kleine Einflussmöglichkeiten bei den neuen Mobilitätsformen, die eher durch technische Innovation und private Unternehmen als durch die Städte vorangetrieben werden. Allerdings sind hier die Exekutivmitglieder in grösseren Städten zuversichtlicher: Fast drei Viertel von ihnen sehen durchaus Gestaltungsmöglichkeiten durch die Politik.

Ein sehr häufig genanntes Problem, welches sich wohl akzentuieren dürfte, ist die Finanzlage der öffentlichen Hand - sowohl generell wie auch in Verbindung mit den steigenden Kosten im Gesundheits- und Sozialbereich. Aufgrund der Abhängigkeit von Bund und Kanton erachten insbesondere grössere Städte ihren Gestaltungsspielraum in diesem Bereich als gering. Fast unwidersprochen ist für die Befragten klar, dass die Aufgabenlast der Städte und städtischen Gemeinden zunehmen wird. Gleichzeitig gehen die Befragten davon aus, dass sich die Stimmberechtigten gegen Steuer- und Abgabenerhöhungen aussprechen und die Einnahmen somit stagnieren werden.

Gelingt der Wandel zur Smart City?

Das Befragungskonzept fokussiert neben offenen Fragen auf neun vorgegebenen Szenarien, welche Städte und städtische Gemeinden bis 2030 betreffen können. Fast allen Szenarien sprechen die Exekutivmitglieder in grösseren Städten eine erhöhte Wahrscheinlichkeit zu. Es ist bezeichnend, dass die unter Druck geratenen öffentlichen Finanzen das wahrscheinlichste Szenario sind.

Ebenfalls eine hohe Zustimmung erhält das Szenario der Digitalisierung: Es gilt unter den Befragten als sehr wahrscheinlich, dass die Ansprüche an Datensicherheit und Privatsphäre zunehmen und der Austausch zwischen Behörden sowie Einwohnerinnen und Einwohnern in Zukunft weitgehend elektronisch stattfinden wird. Die Entwicklung zur Smart City ist jedoch klar von der Gemeindegrösse abhängig: Für grössere Städte (96%) ist dies eine wahrscheinlichere Entwicklung als für kleinere (68%).

Die Digitalisierung scheint unaufhaltsam, weshalb der Städteverband am 2. November die Tagung «Alles digital oder was? Ein Megatrend findet Stadt» durchführt. In Solothurn werden neben den Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung auch die Resultate des «Städteradars 2030» vertieft diskutiert und interpretiert. Der Bericht «Städteradar 2030» ist auf der Homepage des Schweizerischen Städteverbandes aufgeschaltet.

Kontakt:

Renate Amstutz, Direktorin Schweizerischer Städteverband, Telefon 031 356 32 32.

Urs Bieri, Co-Leiter gfs.bern, Telefon 031 311 62 07.

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100017932/100808713> abgerufen werden.